"Management by Kopfanschlagen"

Autor(en): **Regli, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **177 (2011)**

Heft 9

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-178584

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

«Management by Kopfanschlagen»

Welche Lehren sollte die Schweiz bezüglich nationaler Sicherheit aus dem Anschlag vom 22. Juli in Norwegen ziehen?

Peter Regli

Die menschenverachtenden Anschläge in Oslo und Utöya haben auch in der Schweiz die Themen Extremismus, Staatsschutz, Nachrichtendienste und Vorwarnung wieder in die öffentliche Diskussion gebracht.

Wir wissen es: Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit!

Bundesrat und Parlament haben sich schwergewichtig für die Freiheit entschieden. Sie haben in den letzten 15 Jahren unsere nationale Sicherheit in wichtigen Bereichen vernachlässigt. Unsere Sicherheit wurde auf Stufe Bund und Kantone durch die Finanzen, und nicht durch die aktuellen und künftigen Risiken und Gefahren, gesteuert. Aus diesem Grunde müssen wir lernen, mit mehr Unsicherheit zu leben. Bundesrat und Parlament haben entschieden, erst zu handeln, wenn etwas geschehen ist. Man nennt dies «Management by Kopfanschlagen». Norwegen musste dieses Prinzip im Juli auf sehr tragische Weise selber erfahren.

Erste Verteidigungslinie

Die Anschläge in Norwegen führen auch bei uns unweigerlich zur Frage, ob ähnliche Ereignisse in der Schweiz möglich wären, ob man sie verhindern, ob der Nachrichtendienst solche Taten überhaupt voraussehen könnte und wie der Bundesrat eine solche Krise, bezüglich «Leadership», bewältigen würde.

«Staatsschutz bedeutet insbesondere Schutz der Bürger.»

Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) ist die erste Verteidigungslinie unserer Regierung. Er soll dafür sorgen, dass grösseres Ungemach im sicherheitspolitischen Bereich von Land und Volk ferngehalten werden kann. Er soll auch rechtzeitig vor Risiken und Gefahren warnen und, bei Krisenlagen, die Führung unterstützen.

Gewaltextremismus

Zu den Risiken und Gefahren gehört der Gewaltextremismus. Er wird durch unseren Nachrichtendienst permanent überwacht und bewertet. Man spricht von linkem Gewaltextremismus (der schwarze Block, der revolutionäre Aufbau Schweiz, die Öko-und Tierschutz-Extremisten, Anarchisten usw.), von Neonazis und Skinheads, von islamistischen Extremisten, um nur einige zu nennen. Es handelt sich um Personen und Organisationen, welche mit ihrem Gedankengut und durch

Bild: Scanpix

Anwendung von Gewalt, die Grundfeste unseres demokratischen Rechtsstaates gefährden könnten. Es geht also um den Schutz des Staates und seiner Bürger. Man nennt dies Staatsschutz.

Einzeltäter und Gruppierungen

Während in den letzten Jahren extremistische Gruppierungen wie zum Beispiel al-Qaida, die kurdische PKK und die Tamil Tigers auch in Europa in Erscheinung getreten sind, sind immer mehr auch Einzeltäter zu verzeichnen. Die grosse Mehrheit unter ihnen hat einen islamistisch, jihadistischen Hintergrund. Dass ein Bürger eines westlichen Kleinstaates ein Blutbad wie in Norwegen anrichten kann, ist in diesem Ausmass neu.

Kann unser Nachrichtendienst solche «einsamen Wölfe» rechtzeitig erkennen, identifizieren und an ihrer Tat hindern?

Gruppierungen müssen unter sich Kontakt haben. Dazu nutzen sie auch die modernsten Mittel der Kommunikation. Das Risiko, dass sie dabei unvorsichtig handeln, Spuren hinterlassen und Hinweise geben, ist beträchtlich. Dies erleichtert die Aufgabe der Abwehr, der Nachrichten- und Sicherheitsdienste.

«Anschläge durch ‹einsame Wölfe› sind schwer zu verhindern!»

Der Einzeltäter hingegen, welcher unauffällig, konspirativ und in der Anonymität agiert, keine Kontakte nach aussen hat, um dann plötzlich zuzuschlagen, ist für die Dienste ein viel schwierigeres Ziel.

Gesetzeslücken und Mittel

Dem Nachrichtendienst des Bundes (NDB) sind seit Jahren gesetzlich Hände und Füsse gebunden. Was dazu führt, dass er ungenügend den neuen Herausforderungen begegnen kann. Dies ist die Folge des Entscheides von Regierung und Gesetzgeber, die Freiheit mehr zu gewichten als die nationale Sicherheit. Das Bundesgesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) wurde nicht angepasst. Der NDB kann daher keine präventive Nachrichtenbeschaffung betreiben, das heisst keine Mail-Kontrollen, kein Eindringen in PCs, keine Mobiltelefonüberwachung und auch keine Lauschangriffe durchführen. Ausserdem wird unser Datenschutz immer mehr zum Täterschutz. Das revidierte Strafgesetz hat zum Beispiel keinen Terrorismusartikel und keine Regelung für die verdeckte Ermittlung im präventiven Bereich. Es wären dies wichtige Grundlagen für die Tätigkeit des NDB wie auch der Bundeskriminalpolizei (BKP).

Bei der strategischen Reserve des Bundesrates, unserer Armee, wurden in den letzten 15 Jahren die Finanzen halbiert.

Die meisten Kantone haben die Bestände ihrer Polizeikorps, trotz enormer Zunahme der Aufgaben (wie zum Beispiel Hooligan-Sportanlässe mit zunehmender Gewalt) nicht aufgestockt. Wir sind in unserem Land schlecht aufgestellt für unerwartet eintreffende, komplexe Szenarien wie Terroranschläge und öffentliche Gewaltausbrüche.

«Gutmenschen»

Nach den Anschlägen in Norwegen haben sich auch bei uns, wie in solchen Fällen üblich, die «Gutmenschen» (darunter zahlreiche Parlamentarier, auch aus bürgerlichen Kreisen) gemeldet. Sie fordern, die Lage nicht zu übertreiben, keine raschen Schlüsse zu ziehen, Norwegen nicht mit der Schweiz zu vergleichen, nicht nach mehr Polizei zu rufen und Ähnliches mehr. Am Tag einer Katastrophe wie in Norwegen zeigen dann aber dieselben Personen unverzüglich und unverfroren mit dem Zeigefinger auf die Nachrichten- und Sicherheitsdienste und fordern, im Extremfall, lautstark eine parlamentarische Untersuchung, welche Mängel in der Effizienz der Dienste und in ihrer Auftragserfüllung schonungslos aufdecken soll.

Entwicklung der Lage

Die Anschläge in Norwegen durch einen extremistischen Einzeltäter haben uns alle sehr betroffen gemacht. Sie haben aber auch eindrücklich aufgezeigt, wie das Volk eines demokratischen Kleinstaates die Ränge schliesst, Trauer vereint trägt und verarbeitet. Das Königshaus und insbesondere Regierungschef Jens Stoltenberg haben durch Präsenz und «Leadership» nachhaltig beeindruckt. Norwegen hatte das Unerwartete nicht erwartet. Das Land wurde überrascht. Der Täter war nicht im Zielgerät der Sicherheitsdienste. Er missbrauchte die Freiheiten seines Landes und profitierte von den Schwächen der nationalen Sicherheit.

«Wir sollten vermehrt das Undenkbare denken und das Unerwartete erwarten!»

Gewaltextremismus, in jeglicher Form, gehört heute zur Bedrohungslage. Unser Nachrichtendienst, zusammen mit der Bundeskriminalpolizei und den Kantonen, erfüllt seine Aufgabe mit Können, Verantwortungsbewusstsein und staatsbürgerlichem Engagement. Er beurteilt laufend die Lage und trägt sie dem Bundesrat und dem Parlament vor.

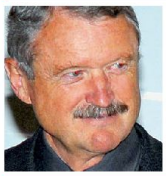
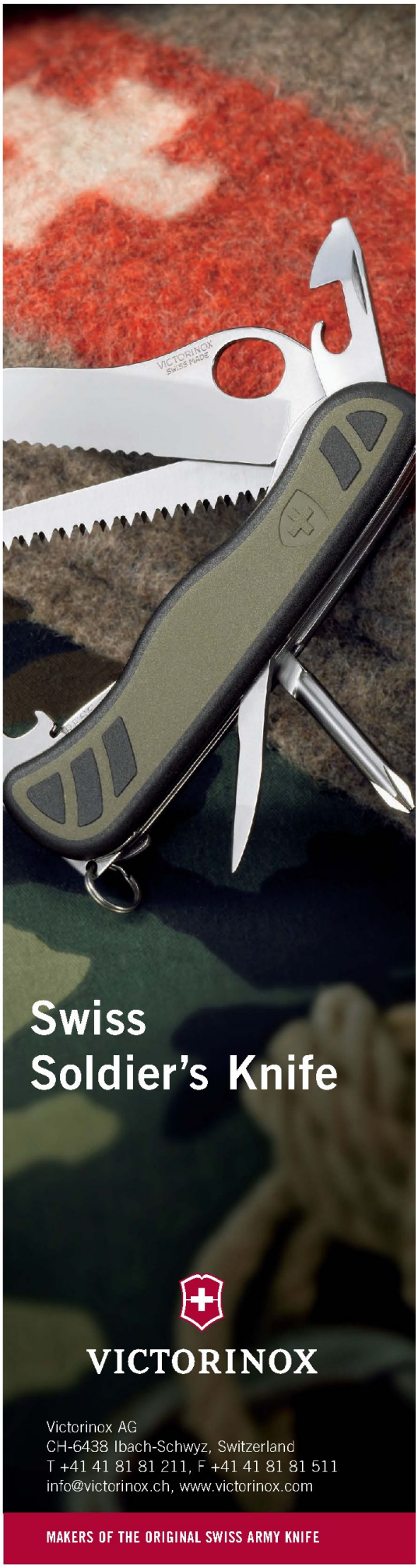
Fazit

Die Anschläge in Norwegen haben uns auf tragische Art und Weise den Ernst der heutigen europäischen sicherheitspolitischen Lage aufgezeigt. Auch wir Schweizer, insbesondere in den politischen Führungsetagen von Bund, Kantonen und Gemeinden, sollten deshalb regelmässig das Undenkbare denken und das Unerwartete erwarten. Unser Bundesrat sollte (nach der Swissair-, UBS- und Libyen-Erfahrung) regelmässig Krisenbewältigung üben und sich ähnliche Szenarien wie in Norwegen vergegenwärtigen. «Leadership» in Krisenlagen müsste zur Pflichtübung werden!

«Der Bundesrat muss Führung in Krisenlagen regelmässig üben.»

Bundesrat und Gesetzgeber (die Parlamente) müssten sich überlegen, ob wir nicht auf ein klein wenig Freiheit verzichten und dies mit mehr Sicherheit eintauschen sollten.

Den Diensten müssen wir unser Vertrauen schenken und ihnen die gleich langen Spiesse geben, wie es die Partnerdienste im Ausland zur Abwehr heutiger und zukünftiger Risiken und Gefahren besitzen. Nur auf diese Weise kann die Schweiz das Führungsprinzip des «Managements by Kopfanschlagen» loswerden! ■



Divisionär aD
Peter Regli
Dipl. Ing. ETHZ
e. Chef Nachrichtendienst,
heute Sachverst. Sipol
3003 Bern